

# CONSEIL DE L'EUROPE - COUNCIL OF EUROPE

DIRECTION DE L'INFORMATION — DIRECTORATE OF INFORMATION



COE027910

R(63)6  
AL/RH  
8.5.63

Die Europaratsversammlung ist aufgerufen, sich zugunsten eines Subventionssystems an die Kohlenindustrie auszusprechen.

(Zusammenfassung des Berichtes Anthony KERSHAW - Dok.1572)

Um der westeuropäischen Kohlenindustrie jenen Schutz zu sichern, dessen sie bedarf, um diesen Schutz aber mit Mitteln zu erreichen, die keine Preissteigerung der Energieträger zur Folge haben, um weiterhin dem Verbraucher die freie Wahl zwischen den verschiedenen Energieformen zu belassen, hat der Wirtschaftsausschuss der Beratenden Versammlung soeben ein System indirekter Subventionen zugunsten der Verbraucher von Kohle in Vorschlag gebracht.

Bei aller Anerkennung des Gewichtes der Einwände, welche man gegen die Verwendung von Subventionen machen kann, stellt sich der Wirtschaftsausschuss auf den Standpunkt des Inter-Exekutiv-Komitees für Energie der Sechsergemeinschaften und betont, dass das System der Subventionen an die Verbraucher "hinreichende Vorteile bietet, um sehr ernsthaft von allen interessierten Mitgliedsregierungen in Erwägung gezogen zu werden verdient, mit der möglichen - vorläufigen - Ausnahme der Regierung Grossbritanniens."

Wie erinnerlich hat die Beratende Versammlung im September 1962 eine Empfehlung betreffend die zur Verwirklichung <sup>notwendigen Mass-</sup> zu einer europäischen Energiepolitik auf lange Sicht <sup>abgegebenen</sup> abgegeben. Diese Empfehlung ging a.a. von der Schlussfolgerung aus, dass eine stabile und wirtschaftlich wohl fundierte Kohlenindustrie in Westeuropa nur dann weiterexistieren könne, wenn das gegenwärtige Niveau der Kohlenproduktion in Europa auf methodische, aber einschneidende Weise reduziert wird. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines wenigstens vorübergehenden Schutzes der Kohlenindustrie, um ihr diese methodische Anpassung zu ermöglichen, hatte der Wirtschaftsausschuss der Versammlung in seinem Bericht von 1962 doch auch auf der Notwendigkeit bestanden, dass dieser Schutz alle Massnahmen vermeide, welche den Energiepreis in seiner Gesamtheit in die Höhe treiben könnten.

In dieser neuen Studie, welche soeben der Versammlung vorgelegt worden ist, und welche sie als integrierenden Bestandteil des letztjährigen Berichtes über "die europäischen Energieprobleme" betrachten möchte, greift der Wirtschaftsausschuss und dessen

./.

Berichterstatter Anthony KERSHAW (brit. Kons.) dieses Problem "auf dem Weg von Subventionen im Hinblick auf ein Mittel zum vorübergehenden notwendigen Schutz der westeuropäischen Kohlenindustrie" auf. Der Bericht bekennt sich zum System der indirekten Subventionen und spricht sich gegen jegliche Massnahme einer Besteuerung oder Beschränkung der anderen Energiequellen (wie Öl, Gas oder Elektrizität) aus folgenden Gründen aus: "Europa als Produzent- und Exportbereich für Industrieerzeugnisse muss billige Energie zur Verfügung haben, damit seine Produkte mit wettbewerbsfähigen Preisen erzeugt werden können, es bedarf weiterhin eines Rahmens, der eine gemeinsame Energiepolitik zwischen jenen Ländern ermöglicht, die grosse Produzenten von Kohle sind, und zwischen jenen, die keine Kohle produzieren."

Nach Auffassung des Berichterstatters, haben sich allerdings die Aussichten für eine baldige Verwirklichung einer gemeinsamen Energiepolitik für ganz Westeuropa durch das Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zu den drei europäischen Gemeinschaften etwas verschlechtert.